



Antrag

der Abgeordneten **Ruth Waldmann, Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen SPD**

Konsequenzen aus dem Bericht „Soziale Lage in Bayern 2013“ ziehen I – Situation von Menschen mit Behinderung auch im jährlichen Datenreport analysieren

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, nicht nur im großen bayerischen Sozialbericht auf die Situation von Menschen mit Behinderung einzugehen, sondern auch in der Zeit zwischen den großen Berichten in den Veröffentlichungen zur „Sozialen Lage in Bayern“ Daten zu den Lebensumständen von Menschen mit Behinderung in Bayern zu erheben.

Dabei soll insbesondere auf

- die Teilhabe von Menschen mit Behinderung, vor allem an Bildungsangeboten und am Arbeitsmarkt;
- die Armutsgefährdung von Menschen mit Behinderung und ihrer Angehörigen

eingegangen werden.

Begründung:

Gemäß Art. 27 der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK), haben Menschen mit Behinderung das Recht, ihren Lebensunterhalt durch Arbeit zu verdienen. Menschen mit Behinderung sollen ihre Arbeit in einem offenen und integrativen Arbeitsmarkt frei wählen können. Ein Blick auf die Arbeitsmarktzahlen für Menschen mit Behinderung zeigt, dass dieser Artikel bis jetzt nur ungenügend umgesetzt wurde: Aus dem Aktionsplan der Staatsregierung zur Umsetzung der UN-BRK geht hervor, dass im Januar 2013 die allgemeine Arbeitslosenquote in Bayern bei 4,4 Prozent lag. Die spezifische Arbeitslosenquote schwerbehinderter Menschen betrug zum selben Zeitpunkt 13,4 Prozent. Arbeitslose Schwerbehinderte haben häufiger eine abgeschlossene Berufsausbildung (58 Prozent im Jahr 2011) als alle Arbeitslosen (54 Prozent im Jahr 2011); trotzdem sind arbeitslose Schwerbehinderte mit durchschnittlich 49,6 Wochen deutlich länger arbeitslos als alle Arbeitslosen mit 36,5 Wochen.

Aus Arbeitslosigkeit ergibt sich zwangsläufig Armut und zwischen Armut und Behinderung gibt es direkte Zusammenhänge. Aus der Armutsfalle auszubrechen, ist für Menschen mit Behinderung schwerer als für von Armut betroffene Nichtbehinderte.

Die Staatsregierung hat sich durch Ihre Ankündigung, Bayern solle in zehn Jahren barrierefrei sein, ein ehrgeiziges Ziel gesetzt, dessen Realisierung eine Auseinandersetzung mit dem Status Quo erfordert. Daher ist es mehr als verwunderlich, dass im so genannten kleinen Sozialbericht die Situation von Menschen mit Behinderung völlig unbeleuchtet bleibt. Durch eine jährliche Erhebung sind Missstände schneller erkennbar und somit behebbar.